



FACHGEMEINSCHAFT BAU
BERLIN UND BRANDENBURG e.V.



Handwerkskammer
Berlin



RESOLUTION

Chancen nutzen, Energiewende machen: 12 Empfehlungen für eine nachhaltige Klimapolitik

Der Transformationsprozess zu einer klimafreundlichen und ressourcenschonenden Gesellschaft ist eine große Chance für die Wirtschaft. Nachhaltige Produkte, energiesparende Technologien und klimafreundliche Geschäftsmodelle reduzieren negative Umweltauswirkungen, senken Kosten und bieten wirtschaftliche Zukunftsaussichten in weltweit stark wachsenden Märkten. Der GreenTech-Atlas 2021 des Bundesumweltministeriums prognostiziert ein jährliches Wachstum des globalen Umwelttechnologie-Marktes von mehr als sieben Prozent. Für Deutschland rechnen die Experten sogar mit einem noch dynamischeren Wachstum von über acht Prozent und einem Marktvolumen von 856 Milliarden Euro bis 2030. Mit einem Anteil von 15 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, bei steigender Tendenz, nehmen Umwelttechnologien und deren Unternehmen nicht nur eine herausragende und wachsende Rolle ein, sie stabilisieren in Krisenzeiten auch die wirtschaftliche Entwicklung durch robuste und nachhaltige Geschäftsmodelle.

Auch der Blick auf die Hauptstadt offenbart das herausragende Potenzial der Umweltbranche. So beträgt allein das Marktvolumen für die energetische Modernisierung der Berliner Wohngebäude rund 3 Milliarden Euro pro Jahr. Im Zuge des europäischen Green Deals wird die breit aufgestellte Expertise der Berliner Kreislaufwirtschaft bei der nachhaltigen Produktgestaltung, Sammlung von Wertstoffen und beim Recycling noch stärker gefragt sein. Gleiches gilt auch für das Portfolio der Berliner Wirtschaft in den Leitmärkten für nachhaltige Mobilität und Wasserwirtschaft sowie umweltfreundliche Energieversorgung, und hier in besonderem Maße für die Expertise im Bereich integrierter Systemlösungen.

Neben den wirtschaftlichen Chancen des Klima- und Ressourcenschutzes bietet die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ebenfalls große Potenziale für Innovationen und die Steigerung der Produktivität. Vergleichbar zur Umweltbranche liegen die Stärken Deutschlands



auch hier in der Entwicklung hochkomplexer, automatisierter und sicherer Systeme, die ein großes Maß an Erfindergeist und Ingenieurskönnen, aber auch technisches und soziologisches Verständnis für gesamtsystemische Lösungen erfordern. Gerade Berlin kann hier als Metropole mit einer exzellenten Wissenschaftslandschaft und einer seit Jahren aufstrebenden, gut vernetzten Startup-Szene punkten und damit die notwendige Anziehungskraft für Talente aus der ganzen Welt entfalten. Als Querschnittsthema ist die Digitalisierung längst Teil der Energiewende und des Klimaschutzes. Mit ihr hat sich das bestehende Verständnis von Kunden, Geschäftsbeziehungen und Wertschöpfungsketten gewandelt. Durch steigende Preis- und Leistungstransparenz, revolutionäre Änderungen in der Kundeninteraktion sowie mit neuen Produkten und Geschäftsmodellen eröffnen sich Chancen und disruptive Sprünge, die maßgeblichen Einfluss auf den Klimaneutralitätsweg und die Transformation des Wirtschaftssystems haben. Ein smartes Energiesystem ist Garant für erfolgreichen Klimaschutz.

Die Berliner Wirtschaft leistet mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, Investitionen in Prozesse und Infrastrukturen seit vielen Jahren einen maßgeblichen Beitrag für das Erreichen der Berliner Klimaschutzziele. Die CO₂-Emissionen konnten bis 2019 um über 40 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert und bezogen auf das Wirtschaftswachstum in den vergangenen 25 Jahren sogar deutlich mehr als halbiert werden. Berlin hat seine Klimaziele für 2020 damit nicht nur vorfristig, sondern auch vor etwaigen Sondereffekten in Folge der Corona-Pandemie erreicht. Mit einer Reduktion von rund 60 Prozent seiner CO₂-Emissionen trägt der Energie- bzw. Umwandlungssektor dabei nicht nur anteilig, sondern auch in absoluten Mengen überproportional zu den Klimaschutzerfolgen Berlins bei.

Neben den massiven Klimaschutzinvestitionen der großen Infrastrukturbetreiber aus Energie-, Wasser- und Wohnungswirtschaft engagiert sich die gesamte Breite der Unternehmen aus Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen aktiv für den Klimaschutz. Die CO₂-Emissionen im Handlungsfeld Wirtschaft liegen schon seit mehreren Jahren unter der avisierten Zielmarke für das Jahr 2020. Im Zuge ihres Engagements haben die Unternehmen nicht nur Energie, Kosten und klimaschädliche Emissionen eingespart, sondern ein breites Know-how aufgebaut und Erfahrungen gesammelt, die sie für eine zielorientierte Fortschreibung des Weges einbringen.

Der Blick auf die politische Realität in Berlin zeigt jedoch, dass „die Wirtschaft“ und die Unternehmen der Stadt noch zu selten als Treiber des Klimaschutzes anerkannt werden. Nicht selten sind es jedoch unzureichende politische Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige, innovations- und wachstumsförderliche Energiewende ausbremsen. Überbordende Bürokratie, technologische Vorbehalte, ungelöste Zielkonflikte, sich ständig ändernde Regularien, langsame und starre Verwaltungsprozesse oder fehlender Mut machen die nächsten Meilensteine auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt beschwerlich.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss zum Klimaschutzgesetz deutlich gemacht, dass eine Verschiebung von Emissionsminderungslasten in die Zukunft die Freiheitsrechte künftiger Generationen in einem unzulässigen Maße einschränkt. Das Gericht stellt unmissverständlich klar, dass ein umfangreicher Verbrauch des CO₂-Budgets schon bis 2030 „das Risiko schwerwiegender Freiheitseinbußen [verschärft], weil damit die Zeitspanne für technische und soziale Entwicklungen knapper wird, mit deren Hilfe die Umstellung von der heute noch umfassend mit CO₂-Emissionen



verbundenen Lebensweise auf klimaneutrale Verhaltensweisen freiheitsschonend vollzogen werden könnte [...] Das verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten.“
Kurz gesagt: Die Energiewende muss jetzt in die Umsetzung kommen.

Dabei ist es vor allem Mut, den diese Mammutaufgabe erfordert. Mut heißt dabei einerseits Mut zu mehr Marktwirtschaft und Mut zur Innovation! Der Blick auf die geteilte deutsche Historie zeigt, dass es der Marktwirtschaft am besten gelingt, mit Knappheiten und begrenzten Ressourcen umzugehen und dabei wirtschaftlichen Fortschritt zu generieren. Klimaschutzziele bzw. korrespondierende CO₂-Budgets sind politisch gesteuerte Knappheiten, für die der marktwirtschaftliche Wettbewerb die besten Lösungen liefert. Und Mut heißt andererseits Mut zur Umsetzung! Energiewende machen – das sollte das Leitmotiv für die Energie- und Klimapolitik der Hauptstadt im kommenden Jahrzehnt sein. Statt sich in kleinteiligen Diskussionen um die besten Strategien oder die ambitioniertesten Regularien zu verlieren, braucht der Klimaschutz wenige, aber wirksame Maßnahmen, die entschieden in die praktische Umsetzung gebracht werden.

Als Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses in der Berliner Wirtschaft sind 12 Empfehlungen für eine mutige und erfolgversprechende Klimapolitik entstanden – eine nachhaltige Klimapolitik, die das Klima schützt, die Chancen nutzt und die Energiewende konsequent umsetzt.

Eine nachhaltige Klimapolitik muss als übergeordnetes Prioritätsprojekt politisch gesteuert werden

Eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik muss vieles leisten: Einen verlässlichen Weg in die Klimaneutralität sicherstellen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gewährleisten, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes neu definieren und dabei eine gerechte Verteilung der Lasten organisieren. Dafür muss sie sich einerseits an den gleichberechtigten Zielen einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Energieversorgung ausrichten. Und sie muss andererseits mit verlässlichen, langfristig planbaren Zielen, Pfaden und Instrumenten kalkulierbare Entscheidungsgrundlagen für die notwendigen Investitionen und Neuausrichtung ermöglichen. Vor allem aber erfordern diese Herausforderungen und die Querschnittslogik eine zentrale politische Steuerung als übergeordnetes Prioritätsprojekt. Um eine konsistente Umsetzung zu gewährleisten, empfehlen wir folgende drei Punkte:

Klima- und Ressourcenschutz muss Chefsache sein und im Schulterschluss umgesetzt werden

Als wichtigste Generationenaufgabe und gesamtgesellschaftliches Transformationsprojekt muss die Steuerung und Koordination von Klima- und Ressourcenschutz Chefsache sein und zentral in der Senatskanzlei angehängen werden, um die strategische Gesamtausrichtung sowie eine Verknüpfung der ressortspezifischen Aktivitäten sicherzustellen. Ergänzend dazu ist – in Anlehnung an das Klimakabinett auf Bundesebene – ein Steuerungskreis Klimaschutz & Energiewende einzuführen, in dem auf Spitzenebene von Senat und Bezirken und dem Querschnittscharakter folgend Zielkonflikte



aufgelöst sowie strategische Entscheidungen vorbereitet werden – unterstützt von einem starken und übergeordnet angesiedelten Klimaschutzrat.

Berlin muss gemeinsam mit Brandenburg zur Energiewende-Metropolregion entwickelt werden

Die strukturellen Voraussetzungen der Hauptstadtregion bieten den idealen Nährboden, um die jeweiligen Stärken von Flächenland und Metropole auszuspielen, sie gemeinsam im Sinne einer „Smart City“ zu verknüpfen und weltweit beachtetes Reallabor der Energiewende zu sein. Darum ist nur die gemeinsame Entwicklung und Abstimmung von Zielen, Strategien, Maßnahmen und Instrumenten sinnvoll – für eine nachhaltige und effiziente Umsetzung der Energiewende in der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Eine effektive und effiziente Klimaschutzpolitik muss transparent sein und Zielkonflikte auflösen

Transparenz und konsistente Ziele sind elementare Grundpfeiler nachhaltiger Politik. Für die Klimaschutzpolitik mit ihrer inhärenten Querschnittslogik und Verflechtungen in alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gilt das umso mehr. Ambitionierte Ziele sind wichtig und richtig, sie kosten aber häufig Geld und führen zu Zielkonflikten. Am augenscheinlichsten tritt ein solcher Zielkonflikt in Berlin aktuell bei der Notwendigkeit energetischer Modernisierung und der Mietenproblematik zu Tage. Ungeachtet der fehlenden verfassungsrechtlichen Grundlage ist es beim Berliner Mietendeckel zu keiner Zeit gelungen, die Frage notwendiger energetischer Sanierungen mit den mietenpolitischen Erwartungen in Einklang zu bringen, wie es der Klimaschutzrat von Berlin bereits 2019 eingefordert hatte. Solche Zielkonflikte sind einerseits klar herauszuarbeiten und zu kommunizieren, andererseits müssen sie mit Hilfe praktikabler Vorschläge überwunden werden.

Eine nachhaltige Klimapolitik muss in passenden Strukturen effektiv und effizient vorangetrieben werden

Der Um- und Ausbau ganzer Infrastrukturbereiche, die Optimierung bestehender Prozesse und Technologien und die Etablierung innovativer Ansätze benötigen effektive und effiziente Planungs- und Genehmigungsprozesse. In der praktischen Umsetzung scheitern oder verzögern sich Klimaschutzmaßnahmen häufig wegen zu enger Regularien, nicht mehr passender Standards, überlasteter Verwaltungen und starrer Abläufe. Notwendig sind den Herausforderungen angemessene, ziel- und lösungsorientierte Verwaltungsstrukturen, die trotz der gebotenen Sorgfalt mit der notwendigen Geschwindigkeit und dem erforderlichen Innovationsgeist das vorhandene Engagement für die Energiewende unterstützen und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen entschieden vorantreiben. Dafür empfehlen wir folgende drei Punkte:



Für eine effiziente Umsetzung muss die Energiewende in passenden Strukturen gemanagt werden

Für die Umsetzung der Energiewende bedarf es eines professionellen und effektiven Managements dieser Transformationsaufgabe – in effektiven Organisationsstrukturen, unter Einbezug der Expertise aus Wirtschaft und Wissenschaft und in direkter Partnerschaft mit den Unternehmen der Stadt. Der aktuelle Handlungsrahmen (Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030) verfügt einerseits nicht ausreichend über eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage und ist andererseits nicht darauf angelegt, die ressortübergreifende Steuerung und Umsetzung von Energiewendemaßnahmen zu befördern.

Investitionen und Innovationen müssen mit der TESLA-Strategie schnell in die Umsetzung gebracht werden

Die Tesla-Ansiedlung in Grünheide führt uns deutlich vor Augen, dass politischer Wille, gepaart mit unternehmerischem Gestaltungswillen, zügige Umsetzungen befördern kann. Die Einführung projektbezogener Task-Forces in der Verwaltung (unter Einbezug von Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft) als eine Art Hub könnte Wissenslücken schließen, Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen, Prioritäten setzen und so Synergien für eine beschleunigte Umsetzung klimafreundlicher Investitionen und Innovationen heben. Im nächsten Schritt wären die Einführung eines Innovationsmanagements (sog. „Kultur der Innovation“) oder die Einführung von Emissionsbudgets und Innovationsanreizen in der Verwaltung zu prüfen. In der öffentlichen Vergabe bietet sich durch eine stärker an der Problembeschreibung statt an einer konkreten Lösungsvorgabe orientierten Vorgehensweise die Chance, mehr Raum für Innovationen zu schaffen.

Begrenzte Ressourcen und Kapazitäten müssen effizient und wirkungsvoll allokiert werden

Den großen Herausforderungen des Klimaschutzes, der Vielzahl konkreter Maßnahmen in den unterschiedlichsten Handlungsbereichen und dem enormen Kapitalbedarf stehen nur begrenzte Ressourcen und Kapazitäten in der Berliner Politik und Verwaltung entgegen. Eine Priorisierung ist zwingend erforderlich. CO₂-Vermeidungspotenzial und CO₂-Vermeidungskosten sind die maßgeblichen Kriterien für eine ausgewogene Komposition langfristig ausgelegter und wirkungsvoller Klimaschutzmaßnahmen. Die oben genannten Strukturen und Task-Forces können und müssen dabei eine zentrale Rolle einnehmen.

Eine nachhaltige Klimapolitik muss Eigenverantwortung unterstützen und Innovationen erschließen

Berlin zieht seine Stärke als nachhaltiger Wirtschaftsstandort vor allem aus der Kombination einer hohen Innovationskraft seiner Unternehmens- und Wissenschaftslandschaft mit einem starken Verantwortungsbewusstsein der Betriebe für die ökologische Optimierung der eigenen Prozesse und



Infrastrukturen. Um das vorhandene Innovationspotenzial für den grünen Wandel zu flankieren und Ressourceneffizienzpotenziale und klimafreundliche Technologien weiter in die Anwendungsbreite zu diffundieren, bedarf es des richtigen Rahmens für kreatives und eigenverantwortliches Handeln. Insbesondere braucht es eine politische Roadmap für die Erschließung neuer Märkte und Schlüsseltechnologien sowie konkrete Unterstützungsangebote, die Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität begleiten. Dafür empfehlen wir folgende drei Punkte:

Der Erfolgsweg in den Unternehmen muss mit technologieoffenen Standards und flexiblen Lösungen geebnet werden

Mit Hilfe systematischer Prozesse und individueller Lösungen hat die Wirtschaft den Energieeinsatz je Euro Wertschöpfung bereits deutlich reduziert. Auf dieser Basis kann auch der Transformationsprozess zur klimaneutralen Wirtschaft vollendet werden. Mit gezielter Unterstützung, neutralen Standards und gemeinschaftlichen Ansätzen kann die Politik diesen Prozess auf allen Ebenen des betrieblichen Klimamanagements (Messen, Vermeiden, Kompensieren, Kommunizieren) unterstützen und Mehraufwendungen abfedern. Ein gutes Beispiel dafür sind das gemeinsame Lernen und Umsetzen in Klimaschutz-Netzwerken. Zudem können unvermeidbare Emissionen oder unverhältnismäßig hohe Aufwände auch im regionalen sowie internationalen Netzwerk der Berliner Klimabündnisse kompensiert werden.

Die Chancen technologischer Alternativen und etablierter Infrastrukturen müssen ergriffen werden

Für das Gelingen der Energiewende sind technologische Alternativen und Innovations sprünge unerlässlich, bestenfalls können diese mit etablierten Infrastrukturen kombiniert werden. Als vielfältig einsetzbare Alternative wird Wasserstoff dabei eine Schlüsselrolle einnehmen. Für dessen Transport und Speicherung kann dabei auf die bestehende Gas-Netzinfrastruktur zurückgegriffen werden, eine im doppelten Sinn ressourcenschonende Option. Wenn Berlin den Einstieg in diese Zukunftstechnologie nicht verpassen und die wirtschaftlichen Chancen in einem milliardenschweren Zukunftsmarkt nicht verspielen will, dann muss umgehend eine Wasserstoff-Roadmap gemeinsam mit Brandenburg entwickelt und vorangetrieben werden.

Neue Energien müssen in einer smarten Sektorkopplung integriert werden

Mit dem stetigen Zubau erneuerbarer Energien wird Flexibilität ein immer wichtigeres Element im Energiesystem der Zukunft. Dabei spielt das Zusammenwachsen der Energiemärkte (Sektorkopplung) eine entscheidende Rolle. Die Integration „überschüssigen“ grünen Stroms in andere Sektoren muss dem Prinzip „Nutzen statt Abregeln“ folgen und durch eine Reduktion der Abgaben und Umlagen auf Null unterstützend angereizt werden. Dafür ist eine (regionale) Plattform zu schaffen, auf der die „überschüssigen“ Strommengen diskriminierungsfrei und im Sinne der smarten Sektorkopplung auktioniert werden und damit zur Entlastung der Netzkosten beitragen.



Eine nachhaltige Klimapolitik muss einfach und handhabbar sein und Raum für Investitionen schaffen

Nicht nur der Bundesrechnungshof bemängelt die Ineffizienzen der deutschen Energiewende- und Klimaschutzpolitik, verursacht hauptsächlich durch eine komplexe, zum Teil auch sehr kleinteilig zerfaserte Landschaft von Zielen, Regularien und Instrumenten mit hohem Detaillierungsgrad. Auch in der Erfahrung vieler Unternehmen erschwert diese normative Komplexität die praktische Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und führt zu unnötigen Bürokratie- und Kostenlasten. Für eine erfolgreiche und praxisgerechte Klimaschutzpolitik muss der politische, rechtliche und administrative Rahmen fundamental vereinfacht werden, müssen wirksame Bürokratie- und auch Kostenentlastungen Raum für Investitionen und Innovationen schaffen und müssen durchschaubare und praktikable Anreizprogramme eine dynamische Entwicklung fördern. Dafür empfehlen wir folgende drei Punkte:

Das zentrale Leit- und Steuerungsinstrument des Klimaschutzes muss der CO₂-Preis sein

Zentrales Leit- und Steuerungsinstrument für das Erreichen der Klimaschutzziele sollte ein CO₂-Preis sein. Der marktbasierter Wettbewerb um technologisch beste Lösungen schafft die Grundlage für ökologisch und ökonomisch effizienten Klimaschutz. Die übergreifende, gerechte CO₂-Bepreisung muss flankiert werden durch eine umfassende Reform des Abgabe-, Steuer- und Umlagesystems, den Abbau regulatorischer Hürden in der Sektorkopplung sowie generell eine konsequente Vereinfachung und Entschlackung des komplexen Ordnungsrechts.

Viel muss nicht viel helfen – weder bei den Zielen noch beim regulatorischen Rahmen

Europäische Union und Bund setzen den energie- und klimapolitischen Rahmen, eingebettet in internationale Ziele. Das Ergänzen und Verschärfen der rahmensetzenden Ziele und Instrumente durch nicht harmonisierte und nicht synchronisierte regionale Klimaschutzziele und -instrumente führt zu einem föderalen Flickenteppich, der einer konsistenten und effizienten Umsetzung entgegensteht. Ordnungsrechtliche Vorgaben auf Landes- oder gar kommunaler Ebene sollte es nur dort geben, wo EU und Bund offensichtliche Regelungslücken gelassen haben.

Anreizprogramme müssen einfach, praktikabel und durchschaubar sein

Mit unzähligen Programmen setzt die Politik Anreize für die systematische Befassung, für investive Maßnahmen und für Innovationen beim Klimaschutz. Die unübersichtliche Vielzahl an Förderprogrammen, ihre Komplexität und eine zu aufwendige Förderbürokratie bremsen oder verhindern oft konkrete Maßnahmen. Um die Transaktionskosten zu senken, muss der Förderdschungel konsolidiert und vereinfacht werden. Bei neuen oder neu aufgelegten Programmen ist ein verpflichtender Praxistest als integraler Bestandteil in der Entwicklungsphase einzuführen.